

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1 / 2019

DAS HELL UND DUNKEL DES EU-RATSVORSITZES EINE SICHERHEITSPOLITISCHE BILANZ

Thomas Roithner

Klug gewählt war das Thema der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs schon: „Ein Europa, das schützt“. Das Motto sollte zumal auch Gewähr leisten, die Ratspräsidentschaft ohne sichtbare Streitereien zwischen den Regierungsparteien über die Bühne zu bringen, für beide genug innenpolitischen Reibach abzuwerfen und nicht zu knapp Profilierungsmöglichkeiten einzuräumen. Das alles ist passabel gelungen. Der Themenkomplex Migration und Sicherheit hat Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache in die Regierung gebracht, war zwischen den beiden der Kleister der Ratspräsidentschaft und wird den Wahlkampf für das EU-Parlament bestimmen. Das eigentliche Motto: National ist Trumpf und sticht im Zweifelsfall die europäische Karte. Der Fachbegriff dafür: Subsidiarität. In seiner österreichischen Variante.

Mehr Sicherheitsapparate gegen Migration, mehr Militär und mehr Rüstung, also insgesamt mehr Militär- und Sicherheitsunion einte glühende wie kritische Europäer in der Regierung. Wesentliche Teile der Opposition hatten zum Thema keine Leuchtturmprojekte in diesem halben Jahr. Der Erfolg der Ratspräsidentschaft ist zugleich im Hellen wie im Dunkeln.

Rampenlicht

Das Hantieren mit Schatten und Licht hat die Regierung während der Ratspräsidentschaft im Zusammenspiel von Innen- und EU-Politik gut beherrscht. Migration stand im Lichtkegel. Bei unangenehmen Filmsequenzen blinkte ein Überblendzeichen und die Migration stand wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Dennoch: Frontex – die Grenzschutztruppe – ist auf der langen Bank und Jean-Claude Juncker hat seinen Ärger über die „himmelschreiende Heuchelei“ nationalstaatlicher Interessenpolitik deutlich gemacht. Für die Militarisierung der Außengrenzen holte sich Verteidigungsminister Kunasek von seiner deutschen Amtskollegin eine Abfuhr. Keine Soldaten, sondern die Polizei ist zuständig, so Ursula von der

Leyen eher knapp angebunden. Auch für Anlandeplattformen kann sich kein Partnerstaat in Afrika erwärmen – dieser politische Brückenbau ist nicht gelungen. Den unverbindlichen Migrationspakt hat die Regierung im Pomp und Trara in die Wüste geschickt.

Weniger EU

Kurz und Strache haben es verstanden, Pflöcke einzuschlagen und Bündnispartner in Sachfragen zu gewinnen, die vor wenigen Jahren in der EU zumeist nur die Spielwiese von rechtsaußen-Oppositionsparteien waren. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat vermisst maßgebliche Beschlüsse beim EU-Asylsystem. Dem Begriff der Subsidiarität („weniger, aber effizienter“) wurde während der Ratspräsidentschaft Österreichs eine seltsame Interpretation verpasst. Der internationale Imageschaden wird in innenpolitisches Kleingeld gewechselt. Der honest broker – das Hintanstellen nationaler Interessen – ist sprachlich wie politisch ein Fremdwort. An der Frequenz von Veranstaltungen und Sitzungen – satte 2722 – hat es jedenfalls nicht gemangelt.

Rüstung

Eine Reihe von Aspekten blieb im politischen Schatten. Zumeist Themen, die keinen innenpolitischen Applaus hervorrufen. Und österreichisches Steuergeld über den Umweg von EU-Töpfen für europäische Rüstungskonzerne gilt hierzulande als hochgradig unpopulär. Für den EU-Rüstungsfonds (European Defence Funds) werden im kommenden EU-Finanzrahmen 13 Milliarden Euro in die Hand genommen. Autonome EU-Militäreinsätze sind eines der Ziele. Einigen Rüstungskonzernen ist dieses erstmals in der EU verankerte Rüstungsbudget bereits heute schon zu wenig. Österreichs Ratspräsidentschaft war in Rüstungsfragen ein guter Gastgeber, bei der sich auch heimische Waffenhersteller präsentieren konnten. Aus Sicherheitsgründen nur im Lichte geladener Gäste.

Militärisches Kerneuropa

Eurodrohne, eine Geheimagentenschule, EU-Kampfhubschrauber und über ein Dutzend weitere Rüstungsprojekte wurde im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) im November 2018 beschlossen. Die militärisch Potenten und politisch Willigen bestimmen das Tempo der EU-Militärpolitik. Vorschläge aus der Wissenschaft für zivile Kerneuropaprojekte blieben unberücksichtigt. Das sicherheitspolitische Kerneuropa ist im Wesentlichen ein Militärprojekt. Ein Vorstoß für zivile Kapazitäten und zivile Auslandseinsätze (Civilian Compact) bleibt deutlich hinter den Möglichkeiten und ist kein großes Licht.

Stolz verwies der FPÖ-Verteidigungsminister Kunašek neben dem Rüstungsfonds, dem militärischen Kerneuropa auch auf EU-Forschungsgelder für die Rüstungsindustrie sowie auf den Budgetposten für militärische Mobilität – Straßen, Brücken und Bahnstrecken müssen militärischen Schwertransporten gewachsen sein. Wichtig ist der EU-Kommission der Zusatz, dass das EU-Budget für Rüstung kein Rüstungsbudget, sondern ein Industriebudget sei. Der EU-Vertrag von Lissabon verbietet Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen, sodass Rüstung als Wettbewerbsförderung umetikettiert wird. Beim Umwidmen zu Rüstungsgeldern ist das Licht der Öffentlichkeit wenig hilfreich. Ähnliche Tricks gibt es auch bei EU-Militäreinsätzen, um Beschränkungen und Verbote zu umgehen. Das Demokratiedefizit lässt grüßen.

Brückenbau

Starke Eigeninteressen waren ein Motiv, warum sich Brücken in der Migrationsfrage unzureichend aufbauen ließen. Bei der Konfliktvermittlung sind Brücken – besonders Richtung Asien – ein langfristiges Unternehmen. Von Karin Kneissl über Nacht Vermittlungserfolge zu erwarten, wäre wahrlich unsportlich. Knicks hin oder her. Auf dem durchaus sinnvollen Weg vom Gastgeber zum Vermittler braucht es eine Verstärkung der Expertise im Ministerium, der Wissenschaft und flankierend auch der Zivilgesellschaft. Wirtschaftsinteressen sind als Brückenpfeiler nicht genug. Glaubwürdiger Brückenbau bedeutet auch, sich bei Solidarleistungen an internationale Organisationen an die vorderste Front zu stellen und bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht überaus knickrig in Erscheinung zu treten.

Durchaus aktiv war Österreich in den letzten Jahren bei der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Rüstungskontrolle. Die Uneinigkeit der EU-28 zum Atomwaffenverbotsvertrag und das Interesse zur Weiterentwicklung einer rüstungsindustriellen Basis der EU ließen das Engagement Österreich im Rahmen der Ratspräsidentschaft jedoch kaum sichtbar werden. Außenministerin Kneissl konnte Projekte zur Stabilisierung in Syrien und Jemen sowie in Südosteuropa anstoßen. Zweifellos löblich ist das Engagement zur Mienenräumung – allerdings österreichisches Engagement und nicht im Rahmen der EU-Präsidentschaft.

Der Gewinn der Regierung in der Ratspräsidentschaft liegt in einem Bewusstseinswandel, der sich auf „EU wenn möglich – national wenn nötig“ eindenken lässt. Auch der Verlierer steht fest: eine EU-Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln.

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sein letztes Buch „Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr. Krieg und Frieden am Globus, in Europa und Österreich“ 2018, www.thomasroithner.at.

TODESMELDUNG

Ev. Pfarrer i.R. Dr. Balázs Németh (1931 – 2018)

Am 29. Dezember 2018 verstarb der Pfarrer und ehemalige Oberkirchenrat der evangelischen Kirche HB, Dr. Balázs Németh, in Wien. Der in Ungarn geborene Balázs Németh war, neben zahlreichen anderen Aktivitäten, in Worten und Taten innerhalb und außerhalb seiner Kirche besonders der Friedensthematik und dem Engagement für Frieden und Gerechtigkeit verpflichtet. So etwa in den Internationalen Christlichen Friedenskonferenzen (CFK), einer Gesprächsebene zwischen Kontrahenten im Kalten Krieg, in der Friedensbewegung, in der Aktionsgemeinschaft „Christen für die Friedensbewegung“ oder im Dialog „Christentum und Marxismus“. Für Balázs Németh stand immer der Mensch im Mittelpunkt, in seiner persönlichen, positiven Entwicklung, in einem lokalen, sozial geprägten Umfeld und einem friedlichen und gerechten Szenario auf globaler Ebene. Damit verbunden die Notwendigkeit politischer und gesellschaftspolitischer Veränderungen, ohne die diese Vision nicht zu erreichen wäre.

Manfred Sauer, betrifft frieden

BEKOMMT DAS MILITÄRISCHE KERNEUROPA EINEN HARTEN KERN?

Der neue deutsch-französische Freundschaftsvertrag legt in der Militär- und Rüstungspolitik ein neues Tempo vor.

Aus gutem Grund wird über mangelnde internationale Zusammenarbeit geklagt. Nationale Interessen sind Trumpf. In der EU kann man davon ein Lied singen. Bei Migration, Konfliktlösung in Syrien, Chinas Seidenstraße oder Atomwaffen ist das Gemeinsame der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein schlechter Witz.

Der Königsweg war der EU-Vertrag von Lissabon 2007. Kerneuropa war geboren. Die militärisch Potenten und politisch Willigen geben den Ton an, die anderen bleiben draußen. Im Dezember 2017 war das Instrument für Kerneuropa gefunden: PESCO, die ständige strukturierte Zusammenarbeit. Sie umfasst 25 Mitglieder – Österreich eingeschlossen – und wickelt derzeit knapp drei Dutzend Militär- und Rüstungsprojekte ab. Darunter durchaus Diskussionswürdige wie eine Geheimdienstschule, die Eurodrohne oder neue Kampfhubschrauber.

Mit Kerneuropa sollte alles schneller gehen, und eine „reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ wurde als Verpflichtung eingemeißelt. Die lautesten Fürsprecher für Kerneuropa, EU-Rüstungsfonds oder militärisches Schengen sind in Deutschland und Frankreich zu finden. Auch die Vorstöße für ein neues EU-Kampfflugzeug stammen aus Berlin und Paris. Doch Präsident Emmanuel Macron und Kanzlerin Angela Merkel geht alles zu langsam. Sie wollen – unterschiedlich formuliert – eine EU-Armee. Viele EU-Staaten bummeln allerdings, obwohl das als untersagt gilt. Also muss beim militärischen Kerneuropa ein wirklich harter Kern ran.

Der neue deutsch-französische Freundschaftsvertrag – der Vertrag von Aachen – legt in der Militär- und Rüstungspolitik ein neues Tempo vor. Üblicherweise bedeutete in der Vergangenheit eine deutsch-französische Interessenakkordierung auch einen Turbo für die EU. Dieser bilaterale Vertrag soll nun beim Militär „Leistungsfähigkeit, Kohärenz und Glaubwürdigkeit“ stärken. Das bedeutet „Handlungsfähigkeit“ und „gemeinsames Intervenieren“. Eine parlamentarische Kontrolle ist im Vertrag nicht erwähnt. Schon heute sind die umstrittenen EU-Mili-

täreinsätze (Tschad, Kongo, Horn von Afrika) im nationalen Interesse dieser beiden Kerneuropastaaten, und der Rest der EU wird vor den Karren gespannt.

Stärker als bisher sollen gemeinsame Rüstungsprogramme entstehen. Geld für Rüstungsaufträge sollen deren globale „Wettbewerbsfähigkeit“ gewährleisten. Ein gemeinsamer Ansatz für Rüstungsexporte – so die Befürchtung friedenspolitischer Kräfte in Deutschland – soll die deutschen Rüstungsbeschränkungen zum Purzeln bringen. Auf der Liste der größten Waffenhändler der Welt stehen Deutschland und Frankreich – nach den USA und Russland – schon heute auf den Plätzen drei und vier.

Internationale Zusammenarbeit wird im neuen Vertrag zweifach kerneuropäisch adressiert. Deutschland und Frankreich wünschen die Stärkung von EU und NATO. Nach Donald Trumps „America First“ und den Brexit-Turbulenzen sollen beide Organisationen eng kerneuropäisch ticken. Zweitens soll Deutschland ständiges Mitglied in UN-Sicherheitsrat werden. Frankreich sitzt schon drin. Mehr vom Gleichen hat die Welt nicht verdient.

Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft.

Der Kommentar ist erstmals in der Wiener Zeitung vom 24. Jänner 2019 erschienen.

ZITAT

Aus dem Standard (29.1.2019) zitiert:
Claudia Gamon (Spitzenkandidatin der Neos für die EU-Wahl 2019) bei Armin Wolf in der ZiB2 zu Gast. Gamon plädiert für eine EU-Armee weicht den Fragen Wolfs, ob die Neutralität damit überholt sei, beharrlich aus.

Dann der Satz: „Okay, mach ma's kurz. Ja.“

Liebe Leserinnen! Liebe Leser!

Bedenken und Sorge sind angesagt. Das Verteidigungsministerium plant einen erweiterten Einsatz von Soldaten und Militärpolizisten im polizeilichen Inlandseinsatz. In einer Novelle zum Militärbefugnisgesetz sollen Heeresnachrichtendienste zusätzliche sensible Personendaten von den Mobilfunkbetreibern sofort - „wenn es einer Aufgabe dient“ - einfordern dürfen. Begründet wird dies mit der Abwehr möglicher Cyberattacken. Im Einsatzszenario soll es zusätzlich eine erweiterte Informationspflicht geben. Eine der Polizei vorbehaltene Personenkontrolle durch sogenannte „Wachorgane“ des Bundesheeres wurde wieder abgeschwächt. So war die Anhaltung und Personenkontrolle von Menschen vorgesehen, die militärische Veranstaltungen stören oder das Bundesheer verbal „beleidigen“. Damit setzt sich in der türkis-blauen Regierungskoalition ein von SPÖ-Ministern begonnener Trend zur Ausweitung der „sicherheitspolizeilichen Assistenz“ fort (Bewachung von Botschaften, Üben von Demonstrationsbekämpfung, verstärkte Rolle der Militäргеheimdienste).

In betrifft frieden 4/2018 hat der Sprecher der deutschen Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, Jürgen Grässlin, über den Prozess gegen den Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch berichtet. Gewehrlieferungen an mexikanische Abnehmer, zum Teil in Provinzen, die mit einem EU-Waffenembargo belegt waren, wurden gerichtlich untersucht. Der Export war nur mit fragwürdigen Tricks zwischen prüfenden Beamten im deutschen Wirtschaftsministerium und den jetzt angeklagten Mitarbeitern von Heckler & Koch möglich. Am 21. Februar 2019 wurden die Urteile bekannt. Erstmals in der Firmengeschichte von Heckler & Koch wurde der Gewehrproduzent für einen illegalen Export von G36-Sturmgewehren verurteilt. Zwei ehemalige Beschäftigte erhielten Haftstrafen auf Bewährung, ein Ex-Vertriebsleiter und die Geschäftsführer wurden allerdings freigesprochen. Weiters wurde eine Strafzahlung von 3,7 Millionen Euro über die Firma verhängt. Für das Gericht in Stuttgart galt ein bandenmäßiger widerrechtlicher Waffenhandel nach Mexiko als erwiesen. Das Gericht erkannte eine Strafwürdigkeit lediglich nach dem Außenwirtschaftsgesetz, nicht jedoch nach dem strengeren Kriegswaffenkontrollgesetz. Im ganzen Prozess

spielten die Opfer der Polizeieinsätze mit den gelieferten G36-Sturmgewehren bei Demonstrationen in Mexiko keine Rolle.

Ende Februar gab es auch Urteile in einem weiteren Prozess. Zwischen April 2009 und April 2011 hat die Handfeuerwaffenfirma Sig-Sauer rund 47.000 Pistolen SP 2022 legal in die USA geliefert. Etwa 38.000 Stück dieser Waffen wurden in Folge illegal in das Bürgerkriegsland Kolumbien weiterverkauft. Vor-Ort-Recherchen zeigten eine weite Verbreitung der Pistolen, besonders innerhalb krimineller Kreise. Nun einigten sich Landgericht Kiel, Staatsanwaltschaft und Verteidigung auf Bewährungsstrafen für die Angeklagten, die sich im Gegenzug zu Geständnissen bereit erklärt haben. Der US-Manager bei Sig Sauer Inc. USA wird noch zusätzlich eine Geldstrafe von maximal 900.000 Euro erhalten. Auch wenn härtere Strafen erwartet wurden, ist es für die engagierten NGOs ein wichtiger Erfolg, dass illegaler Waffenhandel endlich auch vor Gerichten verhandelt und somit die Angelegenheit öffentlich wird.

In der vorliegenden Ausgabe setzen wir die Serie „betrifft frieden stellt vor“ mit dem Salzburger Friedensbüro fort.

Selbstverständlich freuen wir uns über Reaktion, Leserbriefe, Anregungen oder Kritik aus unserer Leserschaft. Dies gibt uns auch die Möglichkeit auf Wünsche einzugehen und unsere Zeitung weiterzuentwickeln.

Manfred Sauer, Chefredakteur

ABONNEMENT BETRIFFT FRIEDEN:

Abonnenten und Neuabonnenten ersuchen wir zwecks ABO – Registrierung in unserer Adressdatei um Mitteilung unter pax.vienna@chello.at oder ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien.

Adressänderungen bitte ebenfalls dort bekanntgeben.

Jahresbezug betrifft frieden (4 Ausgaben) Euro 16.-- (erm. Euro 10.-- nach Rücksprache). Mitgliedsbeitrag ÖFR inkl. Zeitung Euro 24.-- (erm. Euro 15.--). Spenden werden gerne entgegengenommen.

BV: BKAUATWW ÖFR Kennwort Zeitung IBAN AT15 1100 0002 6371 8900

INTERNATIONALE RÜSTUNGSZUSAMMENARBEIT AM BEISPIEL DER FIRMA HIRTENBERGER

Im Rahmen der Rüstungsmesse Eurosatory 2018 in Paris stellten Hirtenberger Defence Systems (HDS) und die in Singapur ansässige Firma ST-Engineering (ST-E) ein neues Granatwerfermodell vor, welches eine günstigere und effektive Lösung gegenüber herkömmlicher Artillerieausstattung darstellen soll. Die als 120mm Werferautomat SRAMS (Super Rapid Advanced Mortar System) bezeichnete Waffe soll eine hochtechnologische Zwischenlösung vom klassischen Granatwerfern zu teureren, aufwendigeren und schwerfälligeren mobilen Artilleriegeschützen sein. Ein System, welches im modernen Gefechtsfeld mit den häufigen Stellungswechseln und dem heute üblichen Kampf in bewohnten Gebieten immer gefragter wird.

SRAMS ist ein Langrohrsystem, welches mittels intelligenter Lademechanik eine rasche Schussfolge (bis zu 10 Geschosse je Minute) garantiert. Die derzeit verfügbare Munition (heutzutage neusprachlich als Wirkmittel bezeichnet) besteht aus Rauch-, Leucht- und fallschirmgesterter (IR-)Munition sowie einer neu entwickelten hochexplosiven Granate mit der Bezeichnung HE Confrag Mk.3 mit bis zu 60 % größerer Splitterwirkung. Munition und Feuerleitung stammen aus österreichischer Fertigung. Das computergestützte Feuerleitsystem ermöglicht sowohl die Zielmarkierung durch Soldaten im Feld als auch von Fahrzeugen aus. In Zukunft könnte diese Feuerleitung auch aus Hubschraubern oder vielleicht gar mittels Drohnen passieren. Die Reichweite beträgt 9.000 m, und das Feuerleitmodul beinhaltet eine Laserzielerfassung, eine digitale Landkarte und GPS-unterstützte Systeme. Durch den geringen Rückstoß beim Abfeuern der Granaten gibt es vielfältige Möglichkeiten, mit Rad- oder Kettenfahrzeugen eine maximale Mobilität zu erzielen. Michael Barth, Vizepräsident von Hirtenberger (HDS), wird in der Fachpresse wie folgt zitiert: „Durch die Präzision und die um 60 Prozent gesteigerte Qualität beispielsweise unserer neuen ConFrag-Munition, kann mit weniger Granaten mehr und viel raschere Wirkung erzielt werden, wodurch weniger Gewicht mitgeführt werden muss. Qualität wird in unserem Geschäft immer noch an Letalität (Anm. letal = tödlich) gemessen.“

Der neue Werferautomat wurde Ende September unter Anwesenheit beider Firmenvertreter am Bundesheer-Schießplatz in Felixdorf (NÖ) vor potentiellen Interessenten mit Trainingsmunition vorgeführt. Als mögliche Käufer waren Vertreter aus Slowenien, Deutschland, Litauen und Estland anwesend. Mit Hilfe der HDS-Filiale in Großbritannien soll ST-E aus Singapur das Tor zum europäischen Markt eröffnet werden. Möglicherweise könnte dann HDS durch den Partner aus Singapur auch außerhalb Europas anbieten, wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten (SRAMS bereits eingeführt) oder anderen Ländern des Nahen/Mittleren Ostens. Somit ist hier die Grundlage für internationale Rüstungszusammenarbeit im Sinne weiterer blutiger Geschäfte gelegt worden. HDS und andere österreichische Firmen machen Profite mit dem Leid zahlreicher Menschen in den kriegsgeschüttelten Regionen dieser Welt.

(MS)

SÜDAFRIKA RATIFIZIERT NUKLEAR- WAFFENVERBOTSVERTRAG

Am 25. Februar 2019 hinterlegte der Ständige Vertreter Südafrikas bei den Vereinten Nationen in New York, Jerry Matthews Matjila, die Ratifizierungsurkunde des Vertrages zum Verbot von Nuklearwaffen im UN-Hauptquartier. Südafrika ist eine ehemalige Atomwaffenmacht und hat auf sein Arsenal vor den ersten freien Wahlen und der Machtübergabe an Nelson Mandela verzichtet. 1991 trat Südafrika dem Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag (NPT) bei und baute bis 1994 die militärischen Komponenten ab. Das Land ist Teil einer kernwaffenfreien Zone, die den gesamten afrikanischen Kontinent umfasst.

Südafrika war eines jener Länder, die zusammen mit Österreich wichtige Initiativen zum Zustandekommen dieses Vertrages gesetzt haben. Der Vertragstext wurde am 7. Juli 2017 von 122 Staaten gebilligt und lag ab dem 20. September 2017 bei der UNO in New York zur Unterzeichnung auf. An diesem Tag unterschrieb auch Südafrika (ebenso wie Österreich) den Vertrag. Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen tritt 90 Tage nach der Hinterlegung der 50. Ratifikationsurkunde in Kraft. Derzeit haben 70 Nationen unterzeichnet und 22 ratifiziert.

(MS)

FRIEDENSBÜRO SALZBURG

Würden Sie sich bitte widersetzen!

Vieles lässt uns ohnmächtig fühlen: Globale Herausforderungen wie Klimawandel und Krieg, Gewalt in persönlichen Beziehungen oder der aktuelle Rechtsruck in Europa. Wir Beobachtenden sind entsetzt und trotzdem fällt es uns schwer, in Aktion zu treten. Und dann gibt es gleichzeitig das Aufstehen von jungen Schüler*innen, die im Zusammenhang vom Fortbestehen der ökologischen Intaktheit von nichts geringerem als Gerechtigkeit sprechen, die ihnen, der Jugend, zustehe. Sie sind all das, was Medien ihnen in den letzten Jahren abgesprochen haben – politisch aktiv, mobilisierbar und Willens für etwas auf die Straße zu gehen, das sich nicht mit dem Wischen über das Smartphone erreichen lässt. Während wir schon lange darüber grübeln, wie wir zu aller erst uns selbst und dann auch die, die wir zu erreichen suchen, aus der Starre lösen können, um in unserem Umfeld etwas zu bewegen, beginnen diese jungen Menschen scheinbar einfach damit.

Aber von vorne:

Wer ist mit wir hier überhaupt gemeint?

Wir, das ist das Team eines Vereines, der sich Friedensbüro Salzburg nennt und seit über 30 Jahren aktiv aus der Zivilgesellschaft heraus wirkt. Das Friedensbüro ist dabei in der friedenspädagogischen und friedenspolitischen Bildungsarbeit zu verorten. Ent-

standen ist es 1986 im Rahmen der weltweiten Proteste gegen den Rüstungswettlauf und den Kalten Krieg. Heute entwickelt das Friedensbüro zahlreiche Bildungsangebote zu Gewaltprävention, ziviler Konfliktbearbeitung und Politischer Bildung. Daneben verstehen sich die Beteiligten auch als Ansprechpartner für Menschen, die sich für sozialen und globalen Frieden und gegen den Krieg engagieren. Das Friedensbüro greift aktuelle Themen auf, die in enger Kooperation mit sozialen, kulturellen und pädagogischen Einrichtungen, Behörden und NGOs bearbeitet werden, insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene.

Nun stellt sich auch für den Verein laufend die Frage: Was ist Thema des Friedens? Oder besser gefragt: Was nicht? Das wir bei der Vielfalt der Themen Schwerpunkte setzen müssen, ist einleuchtend und so konzentrieren wir uns regelmäßig auf bestimmte Bereiche. In den Jahren 2019/20 – es lässt sich aus dem vorangegangenen wahrscheinlich schon erahnen – wird sich unsere Arbeit vor allem auf das Thema Widerstand konzentrieren. Als nicht aktivistisch ausgerichtete Initiative, sondern in erster Linie der Vermittlung und dem Dialog verschrieben, werden wir vor allem auf die persönlichen Dimensionen des Widerstandes und Dynamiken schauen. Dazu läuft aktuell die Veranstaltungsreihe



Barbara Wick, Desirée Summerer, Kristina Langeder, Hans Peter Graß

SERIE - BETRIFFT FRIEDEN STELLT VOR

WIDERständig, die mehrere Formate beinhaltet. Bereits gestartet ist eine biografische Gesprächsreihe, zu der Gäste aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen werden, um von Ihrem Leben und ihrem gewaltfreien Engagement zu erzählen. Im Gespräch wird den Fragen nach ihren persönlichen Wurzeln des Widerstandes, Vorbildern, dem täglichen Antrieb, aber auch den Umgang mit Hürden und Gegner*innen sowie inneren Zweifeln und Grenzen nachgegangen. Im Herbst 2019 wird es ein Symposium zu den künstlerisch-kulturellen Dimensionen des Widerstandes geben.

Allerdings kann es nicht beim Beleuchten von Aspekten bleiben. Wer von der Wichtigkeit des gewaltfreien Widerstandes spricht, muss auch die praktischen Aspekte angehen und deshalb lädt das Friedensbüro unter dem Aufruf „Würden Sie sich bitte widersetzen!“ bereits im kommenden April zu einem Lehrgang in drei Modulen auf, der Methoden und Praxisübung zu kreativen Protestformen, Deeskalation

und Eskalation und Zivilcourage bietet. Diese Kombination ergibt sich aus der Idee, dass eine widerständige Haltung nicht bei der Bürotür oder dem Wohnungseingang halt machen kann. Vielmehr zieht sie sich durch alle Ebenen – die berufliche, die private und die politische. Dafür werden im Lehrgang theoretische Grundlagen und praktische Übungen zu ausgewählten Themen miteinander verbunden. Wie alle Angebote unter diesem Themenschwerpunkt findet auch dieser Lehrgang, der in Kooperation mit der ARGEkultur und der Radiofabrik angeboten wird, in Salzburg statt. Für alle Interessierten an den aktuellen Angeboten, aber auch ganz allgemein zum Verein, bietet sich ein Blick auf www.friedensbuero.at. Wir als Team des Vereins freuen uns jedoch auch über direkte Kontaktaufnahme und vor allem, wenn es gelingt, nicht nur uns selbst und intern zu mobilisieren, sondern möglichst viele mit dem Aufruf anzuregen: Raus aus der Ohnmacht und hinein in den Widerstand!

Desirée Summerer, Friedensbüro Salzburg

Modul 1

POLITISCHER AKTIVISMUS – strategische Modelle und Umsetzung

Termin: Freitag, 12. April 2019, 9:00 – 18:00 Uhr und Samstag, 13. April 2019, 9:00 – 18:00 Uhr

Referent: Marc Amann, „go stop.act!“

Modul 2

ZIVILCOURAGE – Der Mut, im Moment der Gewalt Widerstand zu leisten

Termin: Freitag, 17. Mai 2019, 9:00 – 18:00 Uhr und Samstag, 18. Mai 2019, 9:00 – 18:00 Uhr

Referent: Willibald Walter, Inmedio Berlin

Modul 3

ESKALATION/DEESKALATION – Handlungsfähig sein, handlungsfähig bleiben

Termin: Freitag, 7. Juni 2019, 9:00 – 18:00 Uhr und Samstag, 8. Juni 2019, 9:00 – 18:00 Uhr

Referent: Markus Hopf, Friedensbüro Salzburg, dialoglabor

Teilnahmegebühr: 490 €
Die Buchung einzelner Module ist nicht möglich.

Ermäßigungen: 10% Ermäßigung für Mitglieder des Friedensbüros und der ARGEkultur. Gebühr für Studierende, Wehr- und Zivildienstler: 290 €

Veranstaltungsort: ARGEkultur, Ulrike-Gschwandtner-Straße 5, 5020 Salzburg

Informationen und Anmeldungen: Friedensbüro Salzburg
Mag. (FH) Barbara Wick | wick@friedensbuero.at | Tel.: +43 (0)662/873931 | www.friedensbuero.at

Foto: © Berndt Seidel | Gestaltung: Felix Wastler | kommunikation

Eine Kooperation des Friedensbüros Salzburg mit der ARGEkultur Salzburg und der Radiofabrik Salzburg

Mit Unterstützung von

Friedensbüro Salzburg

ARGEkultur

LAND SALZBURG

Lehrgang 2019

Friedensbüro Salzburg

LEHRGANG

WIDERständig

Ein Bildungsangebot des Friedensbüros Salzburg

Eine Kooperation des Friedensbüros Salzburg mit der ARGEkultur Salzburg und der Radiofabrik Salzburg

FRIEDENSBÜRO SALZBURG

Franz Josef-Straße 3,
5020 Salzburg.

+43 (0) 662/87 39 31
www.friedensbuero.at
office@friedensbuero.at
www.facebook.com/friedensbuero

Montag & Mittwoch
9 bis 11 Uhr
Dienstag & Donnerstag
15 bis 18 Uhr

BV: Salzburger Sparkasse
SBGSAT2S
IBAN: AT10 2040 4000 0001 7434

Workshops, Lehrgänge, Fortbildungen, Veranstaltungen, Tagungen, Seminare, Projekte (z.B. WIDERständig, WhyWar.at), Newsletter, Zeitung Kranich, Bibliothek, Materialien

(Zusammenstellung: betrifft frieden)

TERMINE

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien,
Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 9. April 2019, 19 Uhr Öster-reich, Öster-arm – ein „Lokalaugen-schein“ zur aktuellen Einkommensschere, Mag.a Dr.in Manuela Wade (Volkshilfe)

Di. 14. Mai 2019, 19 Uhr Arme Hunde – reiche Herren: „Augustin“-Texte und Z'widerlieder, Ernst Toman (FI22)

Wiener Friedensbewegung/Pax Christi Wien

KriLit – Kritische Literaturtage

Brunnenpassage, Brunnengasse 71/Yppenplatz,
1160 Wien, U6 Josefstädter Straße

Freitag, 17. Mai bis Sonntag, 19. Mai 2019
Wiener Friedensbewegung – **Informationsstand**

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein
„Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS),
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100%
Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung“.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie
tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung
und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fra-
gen der Friedenspolitik.

Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

weitere **Informationsstand** der WFB am **Do-
nauinselfest** (21. Juni bis 24. Juni 2019) auf der
Gewerkschaftsinsel

SADOC

Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

**Do. 21. März 2019, 19 Uhr, Inkululeko oder:
Von Mandela zu Noah: Biographische Annä-
herung an den südafrikanischen Befreiungs-
kampf.** Arno Sonderegger (Inst. für
Afrikawissenschaften der Univ. Wien)

**Do. 25. April 2019, 19 Uhr, Neue traditionelle
Musik – ein Widerspruch? Ein musikethnolo-
gischer Streifzug durch Malawi und Mocam-
bique.** August Schmidhofer (Inst. für
Musikwissenschaften der Univ. Wien)

**Do. 16. Mai 2019, 19 Uhr, Städtepartnerschaft
Salzburg – Singida.** Dieter Rachbauer (Salz-
burg)

**betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (er-
mäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--**
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)
ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung
DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 1/2019 P.b.b. 112039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2